

Sofortmaßnahmen bei drohender Abschiebung

In Stadtallendorf, Linden, Frankfurt und vielen anderen Orten Hessens ist es passiert. Immer mehr vor allem junge Menschen bekommen derzeit Post im gelben Briefumschlag von Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Darin steht, dass sie vollziehbar zur Ausreise verpflichtet sind, weil ihnen weder Asyl noch subsidiärer Schutz gewährt worden ist und auch keine Abschiebehindernisse vorliegen. Wenn dann ihre bisherige Duldung verlängert werden muss, gehen sie zur Ausländerbehörde. Aber die Duldung wird nicht verlängert. Auch die Arbeitserlaubnis zum Beispiel für eine schon begonnene oder bevorstehende Berufsausbildung wird entzogen. Stattdessen wird in der Regel ein Papier nach diesem Muster ausgehändigt:

Hinweis auf bestehende Ausreisepflicht

(Gilt nicht als Ausweisersatz und befreit nicht von der Passpflicht)

Name:	Vorname:
Geburtsdatum:	Geburtsort:
Staatsangehörigkeit:	AZR-Nummer:
Aktuelle Anschrift:	

Die Personendaten beruhen auf eigenen Angaben: Ja

Die o.g. Person ist aufgrund der Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge vom .06.2025 vollziehbar zur Ausreise verpflichtet. Wählen Sie ein Element aus.

Es liegen keine Duldungsgründe vor. Die o.g. Person muss daher jederzeit mit der zwangsweisen Durchsetzung der bestehenden Ausreisepflicht rechnen. Eine Abschiebung kann mit einer freiwilligen Ausreise abgewendet werden.

Ausstellungsdatum:	Ausstellende Behörde:
.08.2025	Landkreis

Was ist dann zu tun?

- Auf keinen Fall den gelben Briefumschlag geschlossen lassen oder den Inhalt in den Papierkorb werfen! Jetzt muss alles schnell gehen.
- Sofort einen Termin mit der Anwältin/dem Anwalt machen, die/der bisher schon den eigenen Asylantrag betreut hat! Wenn kein Anwalt beteiligt war, dann möglichst schnell Kontakt mit einer unabhängigen Flüchtlingsberatung aufnehmen! Im Landkreis Marburg-Biedenkopf ist das die Diakonie in Marburg, Haspelstraße 5 (0 64 21 91 26 14, ufb.dwmb@ekkw.de).
- Sofort Kontakt mit einer örtlichen Flüchtlingshilfe, Schule, Ausbildungsstätte oder dem Arbeitgeber aufnehmen! Gemeinsam mit diesen Einrichtungen alle Belege sammeln, die eine Beschäftigungsduldung oder eine Ausbildungsduldung rechtfertigen. Dazu gehören Sprachzertifikate, Schulabschlüsse, Berufsausbildungsverträge, Arbeitsverträge und Arbeitszeugnisse.
- Gemeinsam mit Flüchtlingsinitiativen, Flüchtlingsberatung und Anwalt prüfen, ob eine freiwillige Ausreise sinnvoll ist. Nach einer freiwilligen Ausreise kann man nämlich viel einfacher nach Deutschland zurückkehren als nach einer Abschiebung.

- Danach die zuständige örtliche Ausländerbehörde kontaktieren und entweder Antrag auf Duldung bzw. Aufenthaltserlaubnis stellen oder um Beratung bei freiwilliger Ausreise und Vorabzustimmung zur Rückkehr bitten.

Inbesondere Jugendliche können vorbeugen

- Sofort nach der Einreise muss die Identität geklärt werden. Das geschieht im Regelfall durch Beantragung eines Reisepasses beim Generalkonsulat des Herkunftslandes. Details und Unklarheiten sollten mit einer unabhängigen Flüchtlingsberatung besprochen werden.
- Deutsches Sprachzertifikat auf dem Niveau B1 und ein Hauptschulabschluss, besser noch ein Realschulabschluss, sind erstrangige Ziele. Viele Schulen können Praktika in Betrieben vermitteln. Diese sind wichtig für die Bewerbung um einen Berufsausbildungsvertrag.
- In der Abschlussklasse der Schule kann man sich um einen Ausbildungsplatz bewerben und mit dem Berufsausbildungsvertrag bei der Ausländerbehörde eine Ausbildungsduldung beantragen.
- Auf dem Weg zur Ausbildungsduldung gibt es zwei gefährliche Fallen. Manche glauben, ohne Reisepass könne man nicht abgeschoben werden. Das stimmt für die meisten Herkunftsländer nicht. Manche wollen auch auf eine Berufsausbildung verzichten, weil man mit Hilfsarbeiten mehr Geld verdienen kann. Auch das stimmt nicht, weil man während der Berufsausbildung zusätzlich Ausbildungsbeihilfe bekommen kann. Hilfsarbeiten zählen nicht als Voraussetzung für eine Duldung. Nur mit Deutschkenntnissen, Schulbildung und Ausbildungsplatz hat man eine Chance, ohne funktioniert es nicht.

Und am Ende kommt es auf unsere Solidarität an!



Stadtallendorf,
29. August 2025

© Marita Gabrian

Ausbilden statt Abschieben, wir brauchen diese Jugendlichen!